

7 Mehnert

W 30. Mai 1997

# „Kompetenz, Integrität und Einfühlungsvermögen“

Die Kandidaten bei den Wahlen in der Jüdischen Gemeinde bewerben sich um verantwortungsvolle Ämter / Von REINA MEHNERT

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin wählt am Sonntag ihr oberstes Gremium, die Repräsentantenversammlung. Die 8959 wahlberechtigten Gemeindeglieder sind aufgerufen, in 13 Wahllokalen bis zu 21 von 56 Kandidaten ihre Stimme zu geben. Die Gewinner werden den Vorstand wählen, der wiederum den Vorsitzenden benennt.

Die Repräsentantenversammlung entscheidet über Anträge zu Neuerungen, Veränderungen und dem Haushalt. Die gewählten fünf Vorstandsmitglieder teilen sich sieben Verantwortungsgebiete: Personal, Schule, Jugend, Soziales, Kultur, Öffentlichkeit, Finanzen und Steuern. Sie leiten die Ressorts in Eigenverantwortung und sind gegenüber den Angestellten ihres Bereiches weisungsbefugt. Der Vorstand wiederum ist der Reprä-

sentantenversammlung gegenüber verantwortlich, die die gesamte Arbeit der Gemeinde überwacht. Der Vorsitzende stellt im wesentlichen die Jüdische Gemeinde nach außen dar. Er trägt mit seinem Handeln und seinen Aussagen entscheidend zum Bild des Berliner Judentums in der Öffentlichkeit bei.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin existiert seit 325 Jahren. Im Jahre 1671 gewährte Kurfürst Friedrich Wilhelm 50 jüdischen Familien Asyl in Berlin. Es war der Grundstein für die künftige Gemeinde. In der Folgezeit wuchs die Zahl auf über 170 000 Personen an. Nach der Schoa war Heinz Galinski einer der wenigen 1400 überlebenden Berliner Juden. Er glaubte an den Wiederaufbau der einst blühenden Gemeinde. Am 1. April 1949 wurde er zum Vorsitzenden

gewählt. Er leitete deren Geschicke 43 Jahre lang. Ihm ist es zu verdanken, daß Berlin heute mit seinen über 10 000 Mitgliedern wieder größte jüdische Gemeinde in Deutschland ist.

Als Heinz Galinski 1992 verstarb, hinterließ er ein Vermächnis für die jüdische Gemeinschaft in Berlin. Er war stets ein unerschrockener Verfechter der Le-

bensrechte von Juden in Deutschland. Und er warb weltweit darum, dem demokratischen Deutschland Vertrauen zu schenken. Durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages 1971 mit dem damaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz wurden Recht und Sicherheit der Jüdischen Gemeinde garantiert. Es entstanden Gemeindehaus, Volkshochschule, Krankenhaus, Kindergarten, Grundschule, Seniorenheim und Altersheim.

Nach dem Tod Galinskis im Jahre 1992 trat Jerzy Kanal dessen Nachfolge an. Eine Aufgabe, die er mit Engagement und ehrenamtlich übernahm. Die Gemeinde befand sich bei seinem Amtsantritt in einem Umbruchprozeß. Es zeichnete sich ein Generationswechsel ab. Die Überlebenden des Holocaust machten nur wenige der Gemeindeglieder aus. Im Gegenzug ka-

men seit Ende der 80er Jahre 6000 Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion nach Berlin. Nach dem Fall der Mauer galt es zudem, die Ost-Gemeinde mit 190 Mitgliedern, die Hälfte aller bekennenden Juden in der ehemaligen DDR, der West-Gemeinde anzuschließen, um eine Einheitsgemeinde zu bilden. Dieses war nötig, da sonst öffentliche Mittel gesplittet und alle jüdischen Einrichtungen nicht hätten finanziert werden können, er-

klärt Albert Meyer, einer der derzeitigen Kandidaten für die Repräsentantenversammlung.

Während Jerzy Kanals Amtszeit wurden die Neue Synagoge - Zentrum Judaicum, die Heinz-Galinski-Schule und die Jüdische Oberschule eröffnet. Außerdem schloß Kanal einen Staatsvertrag mit dem Berliner Senat ab. Dieser umfaßt die Gewährleistung von Finanzmitteln, die Anerkennung der 13 jüdischen Feiertage und Sicherheitsvorkehrungen des Landes für Einrichtungen der Gemeinde. Die Verwendung und Verwaltung der staatlichen Zuwendungen in Höhe von 9,8 Millionen Mark jährlich obliegt der Repräsentantenversammlung.

Von den Mitgliedern der Repräsentantenversammlung werden verschiedene Fähigkeiten erwartet. „Rhetorische Gewandtheit,

Fachkompetenz, Standfestigkeit, Integrität und Einfühlungsvermögen“ sind laut Norma Drimmer, bisheriges Vorstandsmitglied, wichtige Voraussetzungen für die Ausübung des Amtes.

Einigen der 56 Kandidaten werden besonders gute Chancen zugesprochen. Es zeichnet sich eine Favorisierung von Moïshe Waks, Andreas Nachama, Hermann Simon, Norma Drimmer, Cynthia Kain und Professor Julius Schoeps ab.

Eine Gefahr sehen allerdings viele Gemeindeglieder in dieser erstmals durchgeführten Personwahl. Wenn die Spitzenkandidaten die meisten Stimmen auf sich vereinen, besteht auch die Möglichkeit für Kandidaten mit nur wenigen Anhängern, einen Sitz in der Repräsentantenversammlung zu erhalten. Diese könnten dann Entscheidungen boykottieren.